

„Initiative Zukunft“ muss warten

MARKTRAT Das Konzept wird in der Sondersitzung nicht vorgestellt, weil die Informationen laut CSU zu spät auf dem Tisch lagen.

POSTBAUER-HENG. Die „Initiative Zukunft“ wollte eigentlich in der Sitzung des Marktgemeinderats am Donnerstag ihr Konzept vorstellen. Dies soll Postbauer-Heng ihrer Meinung nach voran bringen – wirtschaftlich, touristisch und gesellschaftlich (wir berichteten). Die Mitglieder der Initiative bemängelten: In Postbauer-Heng gehe zu wenig voran. Doch das Vorhaben ist geplatzt – und wurde auf den 15. März verlegt.

Bürgermeister Horst Kratzer kritisierte schon bei seiner Begrüßung: Die Unterlagen seien erst am Sitzungsabend auf dem Tisch gelegen –

obwohl er sie zuvor mehrfach erbeten habe. So eine Vorgehensweise habe er in den 27 Jahren seines Wirkens im Gemeindeparlament noch nicht erlebt. Außerdem hätten 2008 die Markträte Gerhard Hierl (SPD) und Dr. Jürgen Rupprecht (Bürgerblock) einen Antrag gestellt, die Ladungsfristen zu verlängern – um sich besser vorbereiten zu können. Diesem Antrag habe man damals einstimmig zugestimmt.

Kratzer erklärte, es gehe ihm grundsätzlich darum, Informationen zu haben, wenn solche umfangreichen Themen besprochen werden sollen. Thomas Härtl (CSU) stellte den Antrag, den Punkt zu verschieben. Er betonte, die CSU-Fraktion wolle sich einer Auseinandersetzung nicht entziehen. Sie bemängele nur, dass im Vorfeld nicht informiert worden sei.

Rupprecht entgegnete, es solle ja keine Beschlüsse geben: Die „Initiati-

ve Zukunft“ habe nur über ihr Konzept informieren wollen – um darüber zu diskutieren und Ideen auszutauschen. Dem Antrag von Härtl wurde mit elf zu sieben Stimmen zugestimmt. Dr. med. Ernst Glosauer (Bürgerblock) sagte, er bedauere diese Entscheidung: „Es gibt hunderte von Gemeinden, aber eine solche Handlungsweise kann ich mir woanders nicht vorstellen.“ Marktrat Hierl (SPD) monierte, dass die Diskussion mit einer Blockbildung abgewehrt worden sei.

In einer Stellungnahme äußerten sich gestern Kratzer und Härtl. Unter anderem heißt es darin, der CSU gehe es nicht darum, etwas zu verhindern, sondern nur um einen fairen Wettbewerb: „Wir begrüßen ausdrücklich, wenn Sachpolitik und Zukunftsthemen wieder in den Vordergrund rücken – aber dann bitte gleiches Recht und gleiche Chancen für alle.“ (njf)